

# Miet-Initiative: „Die Stadt tut zu wenig“

Gentrifizierung: Bewohner des Severinsviertel fordern mehr Härte

VON MATTHIAS HENDORF

Die Initiative „Severinsviertel erhalten“ fordert die Stadtverwaltung auf, den neuen Mieterschutz im Veedel konsequenter anzuwenden. Seit 30. Januar gilt in dem Gebiet die Soziale Erhaltungssatzung, sie soll die Gentrifizierung mildern. Der Begriff bezeichnet die Verdrängung der alt eingesessenen Bevölkerung, weil sie sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten kann – unter anderem, wenn Eigentümer die Wohnungen sanieren und danach die Miete erhöhen.

Es geht nicht um einzelne Mieter, sondern um das komplette Milieu. Dietmar Aigner von der Initiative sagt: „Die Stadt tut zu wenig, um diesen Milieuschutz durchzusetzen.“

## Stadt lehnt Anlaufstelle im Viertel und einen Beirat ab

Seit dem 30. Januar müssen sich Eigentümer im Severinsviertel von der Stadt auch Modernisierungen genehmigen lassen, die eigentlich zulässig sind und wo die Stadt in anderen Vierteln nicht eingreifen kann. Zu den Klassikern zählt unter anderem die Fußbodenheizung.

Die Initiative kritisiert die fehlenden Informationen für die rund 11 000 Mieter im Severinsviertel. Die Logik: Wer nicht weiß, dass seine Mietwohnung im Schutzgebiet liegt, kann sich auch nicht wehren, wenn ein Eigentümer ohne Genehmigung modernisiert und die Miete erhöht. Wiebke Nimmer von der

Initiative sagt: „Dann droht die Milieuschutzsatzung zumindest in Teilen ins Leere zu laufen.“ Sie fordert Infoflyer an alle Haushalte und eine Anlaufstelle.

Die Stadt hat am Freitag mitgeteilt, aktuell ein Schreiben an die Haushalte vorzubereiten. Und der aufgrund von Corona im März ausgefallene Infoabend soll nachgeholt werden, der Termin sei in der Abstimmung. Die Anlaufstelle im Viertel lehnt sie ab: „Auf der Internetseite sind auch Ansprechpartner sowie Kontaktdaten benannt.“

Die Satzung gilt zunächst für fünf Jahre, danach wird entschieden, ob sie fortgesetzt wird. Die Initiative fordert einen Beirat aus Vertretern der Stadt, der Eigentümer und der Mieter, er soll die Auswertung begleiten. Die Verwaltung lehnt das ab, das sei „auch aus Datenschutzgründen nicht vorgesehen“.

Die Milieuschutzsatzung im Severinsviertel ist die zweite in Köln, die erste hat die Stadt 1996 in der Stegerwaldsiedlung in Mülheim eingeführt. Für das Gebiet rund um den Wiener Platz in Mülheim mit rund 21 000 Mietern ist eine weitere Satzung geplant. Allerdings gilt die Erhaltungssatzung als kein Allheilmittel, sie wirkt häufig nur im Zusammenspiel mit anderen Stadtplanungsinstrumenten.

**Die Initiative** lädt vor der Wahl die Politik zum Kandidatencheck ein: Dienstag, 1. September, 17.30 Uhr, Lutherkirche, Martin-Luther-Platz 2-4, severinsviertelerhalten.de

## Hier gilt die Erhaltungssatzung



# Alarm um „treibende Menschen“ im Rhein

Einsatz in Niehl – Polizei und Feuerwehr warnen vor den Gefahren beim Schwimmen im Fluss

Kurze Aufregung am Freitagnachmittag am Rhein in Niehl: Anrufer sprachen von „treibenden Menschen im Wasser“. Einsatzkräfte von Polizei und Wasserschutzpolizei eilten zum Ort des Geschehens, konnten aber keine Personen finden. „Die Schwimmer waren vermutlich schon wieder draußen“, sagte

ein Polizeisprecher. Allerdings standen dort viele Menschen weit im Wasser. Die Behörden warnen angesichts der heißen Temperaturen am Wochenende vor dem Schwimmen im Rhein. Beispielsweise sei der Sog der Schiffe gefährlich. Immer wieder kommt es am Rhein in Köln zu tödlichen Badeunfällen. (ta)



**Spielplatz, frühere Kapelle und Wohnen:** 120 Wohnungen, 84 mit gedeckelter Miete, hat die GAG an der Holsteinstraße in Mülheim gebaut.

# Klare Ansage an die Ministerin

Bauministerin Scharrenbach tourt durch Köln – Appell einer Gemeindereferentin

Es geht am Freitag um den öffentlich geförderten Wohnraum, als NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) durchs Land tourt. Zwei Stopps machen Scharrenbach und ihre Entourage gestern in Köln, zunächst an der Holsteinstraße in Mülheim, danach in Chorweiler. Beides sind Wohnblöcke, die das Land mitfinanziert und die städtische Wohnungsgesellschaft GAG baut. Bei dem Stop in Mülheim sagt Gemeindereferentin Marianne Arndt zu Scharrenbach: „Der öffentlich geförderte Wohnungsbau ist ein ganz, ganz großes Thema in Köln und muss politisch mitgestaltet werden, sonst klappt es.“

Tatsächlich sind die Zahlen nicht gut: 45 Prozent aller Köl-



**Mieter obenauf:** Die Bewohner an der Holsteinstraße hören Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) zu.

Fotos: Böschemeyer

nen haben Anrecht auf eine Wohnung, deren Miete gedeckelt ist. Das ist der Fall, wenn das Land für den Bau Geld zuschießt, im Gegenzug bleiben diese Mieten für einen langen Zeitraum gedeckelt, häufig 20 Jahre oder mehr. Das Problem: 1996 gab es 75 077 solcher Wohnungen, 2018 waren es nur noch 38 623. Die 45 Prozent der Bevölkerung haben also ein Anrecht darauf, aber es nützt ihnen faktisch kaum etwas.

Und das wird vermutlich eher noch schlimmer als besser: Bis 2025 verlieren knapp 8000 Wohnungen ihre gedeckelte Miete. Selbst, wenn Köln wie geplant mehr als tausend solcher Wohnungen pro Jahr genehmigt, reicht die Anzahl nicht aus, um den Verlust aufzufangen. (mhe)

# Köln geht eigene Wege

Die Verwaltung will 2800 Kilometer Straßen begutachten – Zu Fuß statt mit den üblichen technischen Lösungen

VON INGO SCHMITZ

Das braucht einen langen Atem: Ihr gesamtes Straßennetz will die Stadt Köln in Augenschein nehmen. Rund 2800 Kilometer ist es lang. Die Begutachtung soll helfen, sich einen Überblick zu verschaffen über Schäden und Reparaturaufwand. Das ist nicht nur für die Straßenmeisterei wichtig. Auch die Kämmerei braucht den Überblick, denn Städte müssen ihre Infrastruktur im Haushaltbuch auf der Habenseite verbuchen. Es ist also nichts Ungewöhnliches, alle Straßen zu begutachten. Berlin machte es beispielsweise. Straßen.NRW machte es in seinem Zuständigkeitsbereich. Aber Köln macht es anders. Während allerorts technische Lösungen bevorzugt werden, sollen in der Domstadt alle Straßen zu Fuß abgegangen werden.

Ein Polizeisprecher. Allerdings standen dort viele Menschen weit im Wasser. Die Behörden warnen angesichts der heißen Temperaturen am Wochenende vor dem Schwimmen im Rhein. Beispielsweise sei der Sog der Schiffe gefährlich. Immer wieder kommt es am Rhein in Köln zu tödlichen Badeunfällen. (ta)

stadt erste Schritte zur Straßenbestandsaufnahme unternommen. Zwei Methoden wurden angewandt, um zu schauen, welche die beste Vorgehensweise ist: Begehung oder Befahrung mit Bildauswertung. Drei Firmen mit entsprechenden Messfahrzeugen wurden beauftragt. 2019 dann ein zweiter Anlauf in Mülheim.

## Vernichtendes Urteil über moderne Technik

Würde es sich um ein Arbeitszeugnis handeln, wären die Adjektive, mit denen die Verwaltung die Ergebnisse der Messfahrzeuge bewertet, vernichtend. Die seien „brauchbar bis unbrauchbar“ gewesen. Dagegen: „Als wirtschaftlichste Erfassungsmethode kristallisierte sich die Inventarisierung durch Begehung heraus.“

Der Verkehrsausschuss soll nun in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause der Begutachtung der Straßen „per pe-

des“ zustimmen. Danach kann der Auftrag ausgeschrieben werden. Gesamtvolumen: rund 426 500 Euro. Wer immer auch den Zuschlag bekommt, ein Spaziergang wird es für ihn nicht. Spätestens bis Ende 2022 sollen die Ergebnisse auf dem Tisch liegen. Da braucht es Siebenmeilenstiefel.

Die Einschätzung der Stadt, dass die technischen Methoden nur „brauchbar bis unbrauchbar sind“, möchte ein Sprecher des Landesamtes Straßen.NRW nicht bewerten. Sie jedenfalls hätten gute Erfahrungen gemacht mit ihrem Messfahrzeug, das die Behörde voller Stolz auf ihrer Internetseite mit einem Foto präsentiert. Technisch scheint das Fahrzeug ausgereift. Kein Wunder, wurde es doch vom TÜV Rheinland entwickelt. Das gleiche Modell fährt in Berlin. Ebenfalls vom TÜV-Rheinland. Auch dort stolz im Internet präsentiert. Weiter Beispiele lassen sich Land auf Land ab finden.

# Fenster der Schulräume geprüft

Kein Unterricht bei zu geringer Durchlüftung

Über 100 000 Fenster in den Räumen der 266 Kölner Schulen haben deren Hausmeister und Mitarbeiter der Verwaltung seit Mittwochmorgen überprüft. Damit kamen sie einer Aufforderung des NRW-Bildungsministeriums nach, „eine regelmäßige und wirksame Durchlüftung der Unterrichtsräume“ sicherzustellen. Dazu müssen ausreichend Fenster eines Raumes geöffnet werden können. Bei Räumen in Passivbauweise ist eine ausreichende Durchlüftung durch die Frischluftzufuhr des Systems gewährleistet.

Nach einem aktuellen Zwischenstand sind an rund 50 Schulen Fenster nicht zu öffnen. Dabei handele es sich in der Regel nur um einzelne Fenster eines Raumes, so eine Mitteilung der Verwaltung. Dies bedeute, dass eine ausreichende Belüftung mittels der anderen Fenster möglich sei. (bos)